

EICHWALDER BÜRGERINITIATIVE FÜR FLUGSICHERHEIT, ECHTEN SCHALLSCHUTZ UND NACHTFLUGVERBOT
in der Bürger-Initiative NOTWEHR Anlieger BER Ost-West-Aktions-Gemeinschaft,
c./o. Stubenrauchstraße 71, 15732 Eichwalde,
in enger Zusammenarbeit mit der SCHULZENDORFER INTERESSENGEMEINSCHAFT GEGEN FLUGLÄRM

Eichwalde, am 25.3.2015
Az.: Io + EG

- korr. Fassg. -

P R E S S E - E R K L Ä R U N G

Zum Absturz eines Airbus A320 in den französischen Alpen

- gibt es Bezüge zu unserer Region ?
- zu MAZ-Beiträgen vom 25.März 2015 auf den Seiten 1 bis 3, 14 und 15 -

Das größte Flugzeugunglück Frankreichs in den französischen Alpen macht uns alle betroffen, ob Bürger oder Politiker, und läßt uns mit Mitgefühl an alle Betroffenen und ihre Familien denken.

Auch wenn unser Vertrauen in die Zuverlässigkeit der modernen Technik groß ist - diese Zuverlässigkeit ist stets endlich statt unendlich. Und deshalb hat die Internationale Zivilluftfahrtorganisation ICAO um die Jahrtausendwende neue Vorschriften erlassen, um wenigstens die Folgeschäden zu minimieren, wenn es denn schon zu einem unvermeidbaren Flugzeugunglück kommt.

Ich meine z.B. das ICAO Doc. 9184, Airport Planning Manual, welches beim Anlegen neuer oder wesentlich erweiterter Flughäfen die Ausrichtung der Start- und Landebahnen auf besiedeltes Gebiet verbietet.

Schon vor Jahren wurde deshalb Bundesverkehrsminister Ramsauer aufgefordert, die Übersetzung dieses Flughafenplanungshandbuchs ins Deutsche zu veranlassen - vergeblich, trotzdem ICAO-Vorschriften in der EU mit Zustimmung Deutschlands als Mindestvorschriften verbindlich sind!

Warum wohl? Auch Brandenburgs Landesregierung und Landtag erhielten 2013 in einer großen Ausarbeitung von regionalen Bürgerinitiativen diese Problematik zur Kenntnis, da zumindest bei der Ausrichtung der BER-Südbahn dagegen verstoßen wurde wie auch gegen geltende ICAO-Schallschutzvorschriften für den BER-Nahbereich bis mindestens 6,5 km Entfernung. Bis heute aber erfolgte keinerlei Berücksichtigung dieser Vorschriften in Genehmigungsverfahren! Hier wird Lebensvorsorge massiv mißachtet, der Rechtsstaat düpiert!

Können wir uns das leisten? Ich meine: Nein, denn es stellt zugleich einen Verstoß gegen Art.2 Abs.(2) unseres Grundgesetzes (GG) zum Schutz von Leben und körperlicher Unversehrtheit dar!

So betroffen uns alle auch das aktuelle Flugzeugunglück macht: jetzt gilt es endlich daraus die erforderlichen Konsequenzen abzuleiten - auch für das BER-Projekt! Bisher aber werden unsere drei standortoppositionellen Landtagsabgeordneten selbst von der Inanspruchnahme des Parlamentarischen Beratungsdienstes ausgeschlossen!

Noch wirft der Absturz der A320 bezüglich der Ursache Rätsel auf, aber wenn die MAZ berichtet, daß die Unglücksmaschine am Montag auf dem Düsseldorfer Flughafen wegen technischer Mängel stundenlang am Boden stand und sich deshalb am Unglückstag mehrere Germanwings- und Lufthansa-Crews weigerten zu fliegen, drängt sich dem Leser das Gefühl auf, daß es Zusammenhänge mit dem Preis- und Leistungsdruck auf Fluggesellschaften, Flugpersonal und Flughäfen geben könnte, was im Zeitalter der Globalisierung zumindest nicht auszuschließen ist. Und dadurch sind nicht nur Flugpassagiere und Crews gefährdet, sondern auch Bürger und Einrichtungen im Flughafenumfeld, im Flughafennahbereich natürlich besonders.

Schließlich existieren für Flugzeugabstürze vielfältige Ursachen wie Vogelschlag, Bordcomputerstörungen, Überlastung bzw. Übermüdung der Piloten durch schnelleren Maschinenumschlag mit mehr täglichen Starts und Landungen, Fliegen durch Wirbelschleppen anderer Flugzeuge, Materialermüdung, Terroranschläge und Laserpoint-Attacken, da leistungsstarke Laser in Deutschland anders als in Australien nicht verboten sind und durch Blendung der Piloten zum Absturz führen können.

Bei dem bisherigen Durchschnittswert von einem Absturz je 1600000 Flügen muß es deshalb in Deutschland nicht bleiben, z.B. schon allein, weil Laser-Attacken und Terrorgefahr zunehmen. Dies aber bedeutet für den BER dann bei geplantem Volllastbetrieb einen Absturz alle 4 bis 5 Jahre als wahrscheinlich zu erachten!

Da Abstürze überwiegend bei Landungen und Starts in Flughafennähe erfolgen, beinhaltet dies eine große Gefahr für das Flughafenumfeld, weshalb die ICAO die Ausrichtung von Start- und Landebahnen auf besiedeltes Gebiet verbot, ein Verbot, welches beim BER-Projekt aus Kosten- und Prestige-Gründen seit Jahren ignoriert wird - und das in einem demokratischen Rechtsstaat! Und dies trotz jahrelanger Mahnungen von Bürgerinitiativen bezüglich der Einhaltung! Und deshalb haben wir "Flugsicherheit" selbst im Namen unserer Bürgerinitiative verankert!

Muß erst auch hier ein Unglück passieren, damit die verantwortlichen Politiker aus ihrem Tiefschlaf erwachen und erkennen, daß die Vorschriften der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation ICAO nicht aus überheblicher Freude an extremer Gängelung durch immer neue Vorschriften, sondern von Fachleuten aus begründeter Sorge um Leben und Gesundheit von Flugzeuginsassen wie Flughafenanwohnern erlassen und durch EU und Bundesregierung als Mindestnormen in Kraft gesetzt wurden und schlicht und einfach einzuhalten sind! Und dies, auch wenn es nicht nur finanziell wehtut wie beim BER-Projekt?

Und wann begreifen endlich unsere Abgeordneten, daß sie die Pflicht haben, die Einhaltung geltenden Rechts durch die Regierung zu kontrollieren und durchzusetzen - ggf. auch entgegen der Parteidisziplin? Dazu können sie durchaus auch "Neueinsteiger" sein, und dazu müssen sie auch keine Fachleute sein, denn für etwaige Fragen ist der Parlamentarische Beratungsdienst ansprechbar, zumindest grundsätzlich, wenn auch nicht für die drei Abgeordneten der Freien Wähler als Flughafenstandortkritiker.

Die Abgeordneten müssen nur überzeugte Demokraten sein und sich geltendem Recht verpflichtet fühlen! Und das darf der Bürger von seinen gewählten Abgeordneten doch wohl erwarten?



- Dr.G.Briese -

EICHWALDER BÜRGERINITIATIVE FÜR FLUGSICHERHEIT, ECHTEN SCHALLSCHUTZ
UND NACHTFLUGVERBOT